

Gesundheit ist keine Ware

Die Profiteure zur Kasse

Mit dem Herannahen der Landtagswahlen in NRW neigt sich die bisher «sanfte Landung» der Krise in Deutschland ihrem Ende zu.

Mit fast zinslosen Krediten wurden in der Bundesrepublik im vergangenen Jahr die Gewinne der Banken und die Aktienkurse wieder in die Höhe getrieben, die Abwrackprämie bescherte der Autoindustrie einen vorübergehenden Boom, Konjunkturprogramme in China und den USA belebten deutsche Exporte, Kurzarbeit verhinderte Massenentlassungen.

Die Verschuldung der öffentlichen Hand hat dabei einen Umfang angenommen, den es seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs nicht mehr gegeben hat.

Die Bundesregierung hat ihre Rettungs- und Konjunkturpakete jedoch nicht dazu genutzt, den Sumpf der Spekulation trocken zu legen und eine grundlegende soziale und ökologische Wende der Wirtschaft einzuleiten, sondern dafür gesorgt, dass die Verantwortlichen für die Krise weich gefallen sind. Das Roulette wurde einfach eine Umdrehung weiter gedreht.

Seit einigen Monaten macht sich unter Managern und Wirtschaftsführern die Zuversicht breit, das Größte hinter sich zu haben: die Talsohle sei durchschritten. Mit dem Geld der Steuerzahler haben sie ihre Wertpapiere ins Trockene gebracht, nun brauchen sie den Staat nicht mehr. Jetzt wird die alte Melodie neu aufgelegt: der Staat muss abspecken.

Laut einer Umfrage des *Handelsblatts* ist die Schuldenfrage diejenige, die die Deutschen angeblich am meisten umtreibt. Bei näherem Hinsehen gilt das zwar nur für die Besserverdienenden, während die abhängig Beschäftigten und die unteren Einkommenschichten nach wie vor in erster Linie den Absturz in die Arbeitslosigkeit fürchten.

Das ficht das Wirtschaftsblatt mit der klassen- und herrschaftsbewussten Klientel jedoch nicht an: «Arbeiterführer war gestern. Jetzt muss der Sparkommissar ran.» Nun kann man ein Defizit auf zwei verschiedene Weise ausgleichen: Man kann die Ausgaben senken, man kann aber auch die Einnahmen erhöhen.

Nach der 480 Mrd. schweren Finanzspritze im letzten Jahr und Steuergeschenken im Gesamtwert von 500 Mrd. Euro in den vergangenen zehn Jahren wäre jetzt billigerweise die Einnahmenseite

dran. Zumal Banken und Konzerne in diesem Frühjahr soviel Dividende ausschütten wie noch nie und auf der anderen Seite die Armut grassiert.

Doch mit solchen Umfragen wird Meinung gemacht, werden Positionen aufgebaut. Die griechische Staatskrise kam da sehr gelegen: Sie hat den Anlegern einen Schrecken vor einer Abwertung des Euro eingejagt, in dem sie den Löwenanteil ihrer Vermögen halten. Angela Merkel hat deshalb wieder ganz in ihrem Sinne gehandelt, als sie im Verbund mit Sarkozy der griechischen Bevölkerung ein Programm von «Blut, Schweiß und Tränen» verordnete.

Was den Griechen in diesem Jahr zugemutet wird, blüht uns im nächsten; wir sind die Griechen von morgen.

Denn ab 2011 wirkt die Schuldenbremse, die mit Hilfe der SPD ins Grundgesetz gehievt wurde: dann ist Schluss mit Konjunkturprogrammen und Hilfen für den Arbeitsmarkt, dann droht eine Politik der Ausgabenkürzungen, wie Deutschland sie zuletzt unter Brüning hatte.

Denn im Interesse der Anleger hat Schäuble ein Ziel ganz fest im Auge: Bis 2016 muss das Haushaltsdefizit auf 0,35% des Bruttoinlandsprodukts zurückgefahren sein (heute: 3,4%). Städte und Gemeinden bekommen es jetzt schon zu spüren.

Natürlich fallen dem *Handelsblatt*-Leser beim Thema Ausgaben kürzen nicht etwa die über 30 Mrd. Euro ein, die die Bundesregierung in diesem Jahr für Rüstung und den Krieg in Afghanistan ausgibt. Sondern die Sozialkassen, vorrangig das Gesundheitswesen und immer wieder die Verwaltung der Arbeitslosigkeit.

Mit der Einführung der Kopfpauschale steht die zweite Säule unseres Sozialversicherungssystems zur Disposition. Und wenn im Winter die Arbeitslosigkeit wieder steigt, weil die Kurzarbeiterregelung entgegen den Forderungen der Gewerkschaften nicht verlängert wird, werden auch Vorschläge wie der von Hannelore Kraft (SPD) hoffähig werden, einen «freiwilligen Arbeitsdienst» einzuführen – das wäre eine Wiederholung dessen, was Brüning 1931 per Notverordnung durchsetzte und zum Vorläufer des von den Nazis eingeführten Arbeitszwangs wurde.

- Die Kopfpauschale muss verhindert werden! Sie ist ein Generalangriff auf unsere Gesundheit.
- Bestehende Kampagnen wie die von Ver.di müssen unterstützt, aber auch ausgeweitet werden. Gegen die Plünderung der Sozialkassen muss sich eine wahre Volksbewegung entwickeln.
- Gesundheit ist keine Ware!
- Hände weg vom öffentlichen Eigentum! ★



Wo das Geld zu holen ist

Fast täglich werden Horrorzahlen über die Verschuldung der öffentlichen Haushalte verkündet. Sie sollen das Gefühl verbreiten: «Jetzt müssen wir alle sparen!»

Ausgeblendet wird in der Regel jedoch der Zusammenhang zwischen privatem Reichtum und öffentlicher Armut.

Die Gesamtverschuldung von Bund, Ländern und Gemeinden belief sich im März 2010 auf die unvorstellbare Summe von 1,69 Billionen Euro (71% des Bruttoinlandsprodukts). Der Bund steht mit 1,05 Billionen Euro in der Kreide (+6,9%), die Länder mit 526,3 Mrd. (+8,5%), die Gemeinden mit 112,1 Mrd. (+3%).

Michael Schlecht, bis 2009 Chefvolkswirt von Ver.di, schätzt, dass Unternehmer und Besserverdienende in den vergangenen zehn Jahren Steuergeschenke in Höhe von

500 Mrd. Euro erhalten haben. In Deutschland gibt es deshalb jetzt über 800 000 Millionäre mit einem durchschnittlichen Vermögen von 3,5 Mio. Euro. Dieses Geld fehlt in den öffentlichen Kassen.

Die Rettung der Banken und der Autowirtschaft hat den öffentlichen Haushalten im Jahr 2009 ein zusätzliches Loch von 112 Mrd. Euro beschert.

Es kann aber nicht sein, dass sich in den Händen einer kleinen Minderheit solche Reichtümer anhäufen, während die öffentliche Hand verarmt, Schulen verrotten, Kindertagesstätten schließen, notwendige Infrastrukturmaßnahmen und existenzielle Sozialleistungen als nicht mehr finanzierbar gelten und der Lebensstandard der großen Mehrheit leidet. Die brutalen Sparprogramme sind kein «Sachzwang», sondern Ergebnis einer bewussten und langjährigen

Entscheidung, den Reichtum von unten nach oben zu scheffeln.

Wer da eine Kehrtwende will, muss die Reichen zur Kasse bitten. Möglichkeiten gibt es viele; die hier genannten können sofort umgesetzt werden und würden zu Mehreinnahmen von 230 Mrd. Euro im Jahr führen:

– Rücknahme der Steuergeschenke von Rot-Grün und Schwarz-Rot, als da sind: die mehrmalige Senkung der Körperschaftsteuer und der Spitzensteuersätze, aber auch die Steuerfreiheit für veräußerte Kapitalgewinne. Das bringt im Jahr mindestens 50 Mrd. Euro.

– Schluss mit der systematischen Unterbesetzung der Finanzverwaltung: sie ermöglicht Reichen und Selbstständigen legale Steuerhinterziehung im großen Stil. Jährlich mindestens 30 Mrd. Euro Steuereinnahmen werden dadurch verschwendet.

– Eine Ministsteuer von 0,05% auf jede Finanztransaktion würde den öffentlichen Kassen Jahr für Jahr mindestens 25 Mrd. Euro bringen.

– Die Anhebung der Grund- und Erbschaftsteuer auf EU-Durchschnitt brächte 25 Mrd. Euro.

– Selbst bei einem großzügigen Steuerfreibetrag von 1 Mio. Euro und einer Abgabe von nur 5% auf darüber hinaus bestehendes Kapitalvermögen (Millionärssteuer) kämen 80–100 Mrd. Euro in die Kassen.

Damit könnten die Gemeinden und die Sozialkassen auf einen Schlagentschuldet werden. Und es wäre immer noch erst die Hälfte von dem, was die Reichen den Geringverdienenden bislang weggenommen haben.

Deshalb: Reiche besteuern! Schluss mit dem Sozialraub! ★

Letzte Hoffnung Cochabamba

System Change – not Climate Change

Das Klimaabkommen von Kopenhagen ist eine weitere Bankrotterklärung des Kapitalismus. Tot ist er deswegen noch nicht.

«S»ie sprechen uns das Recht ab zu existieren», sagt Jim Marurai, der Präsident der Cook-Inseln. Er war den Tränen nahe, als er auf dem Klimagipfel in Kopenhagen sprach. Die Vertreter der Allianz der 42 kleinen Inselstaaten, die etwa 20% der UN-Staaten repräsentieren, fordern eine Begrenzung der globalen Klimaerwärmung auf maximal 1,5°C, weil sie sonst von der Erdoberfläche verschwinden.

Ian Frey, der Delegierte aus Tuvalu, hatte in Kopenhagen den spektakulärsten Auftritt: Er brach die Verhandlungen am 10.12. einseitig ab und verließ das Konferenzgebäude. Genützt hat es nichts: Die Zugeständnisse, auf die sich die Industrienationen einließen, laufen auf eine Klimaerwärmung von mehr als 2°C hinaus.

Einige der «am meisten betroffenen Länder» haben das Abkommen von Kopenhagen nicht nur unterzeichnet, sondern sogar mit verfasst, darunter die Malediven und Bangladesch, das schon bei 2°C Klimaerwärmung fürchten muss, dass 2050 ein Fünftel seiner Landfläche unter Wasser steht. Mindestens 20 Millionen Menschen müssen dann vor den Auswirkungen des Klimawandels fliehen. Aber wohin? Die Hauptstadt Dhaka platzt jetzt schon aus allen Nähten und die Grenztruppen Indiens erschließen schon heute Monat für Monat im Dutzend Migranten aus dem Nachbarland.

Bangladesch und die Malediven haben sich als Feigenblatt für ein Abkommen hergegeben, das das Papier nicht wert ist, auf dem es geschrieben steht. Ian Frey sprach von «30 Silberlingen», für die sich deren Regierungen ihr Einverständnis abkaufen ließen: nämlich die 30 Mrd. US-Dollar, die spätestens 2012 zusätzlich zu den Geldern der Entwicklungshilfe gezahlt werden sollen.

Der Vergleich mit dem Judaslohn hat allerdings einen Haken: Judas hat seinen Lohn erhalten. Doch Angela Merkel hat schon Anfang März klar gemacht, dass die deutsche Regierung ihren Anteil in den Hilfsfonds nicht einzahlen wird – andere westliche Regierungen werden es ihr gleich tun.

Niemand geht davon aus, dass sich auf der Klimanachfolgekonferenz im Herbst in Mexiko an diesem Stand der Dinge etwas ändern wird. Die Eliten der Welt wissen, dass selbst eine Klimaerwärmung von mehr als 4°C nicht die komplette Menschheit ausrotten wird. Zwar werden sich die Lebensbedingungen drastisch verändern

und viele werden sterben. Aber diejenigen, die über das notwendige Geld und die notwendige Macht verfügen, werden sich anpassen können.

Der moralische Druck, der auf ihnen lastet, wird mit den globalen Temperaturen steigen: Warum verlieren so viele Menschen im globalen Süden alles, selbst ihr Leben, obwohl sie kaum Treibhausgase emittieren? Die Folge könnte eine neue Herrenmenschenideologie sein, die das Massensterben auf der einen und das Überleben auf der anderen Seite legitimiert. Die Islamophobie in Europa, aber auch die rücksichtslose Jagd deutscher und US-Soldaten auf somalische Piraten (ehemals Fischer) und haitianische Plünderer (ehemals Landarbeiter) sind ein deutliches Anzeichen.

Die einzige Hoffnung ist die Bewegung für Klimagerechtigkeit und die Konferenz der Völker in Cochabamba (Bolivien). Dort wird über Alternativen zur Klimaerwärmung gesprochen. Ökosozialismus ist dabei eine Option, die mehr und mehr Anhänger gewinnt. Er grenzt sich ab vom «New Green Deal», der dem Klimawandel mit marktwirtschaftlichen Mitteln zu Leibe rücken will, doch bestenfalls eine aufschiebende Wirkung haben wird.

Schnittmengen hat das Konzept des Ökosozialismus allerdings mit der Bewegung für ein Nullwachstum. Denn Konsumverzicht ist im Hinblick auf die globale Gerechtigkeit hierzulande sicher an vielen Stellen nötig, bedeutet deshalb aber nicht notwendig weniger Lebensqualität.

Radikale Arbeitszeitverkürzung bedeutet mehr Zeit; Handarbeit statt Einsatz von Maschinen und Chemie in der Landwirtschaft bedeutet gesündere Nahrung; offene Grenzen für Klimaflüchtlinge wären Ausdruck eines neuen Internationalismus; kostenloser, öffentlicher Nahverkehr und billige Bahntickets bedeuten weniger Smog, Lärm und Treibhausgase; die Enteignung der Banken und Konzerne bedeutet mehr Freiheit und Demokratie.

Das wären erste Schritte hin zu einem Ökosozialismus. Doch selbst linke Regierungen würden diesen Kampf nur unterstützen, wenn er von einer Bewegung getragen wird. Es geht um nichts weniger als darum, eine Macht aufzubauen, die in der Lage ist, die herrschenden Eliten herauszufordern.

«Die Bewegung für Klimagerechtigkeit ist unsere letzte Hoffnung», sagt ein Physiker aus Bangladesch im Februar 2010. Er ist einer der Ko-Autoren des Weltklimaberichts und weiß, was auf ihn zu kommt. ★



Anti-AKW-Demo in Berlin am 5.9.2009 Foto: A. Schmitt

Renaissance der Atomkraft

Sie laufen sich warm – wir uns auch

Die Bundesregierung und die großen deutschen Stromkonzerne sind wild entschlossen, ein weiteres großes politisches Projekt gegen die erklärte Mehrheit der Bevölkerung und wider jegliche ökologische Vernunft durchzuziehen.

Der von der SPD-Grüne-Regierung 1998 beschlossene Atomausstieg soll gekippt, die Laufzeiten aller deutschen Reaktoren bis auf 60 Jahre ausgedehnt werden. Gleichzeitig werden die anderen Bestandteile des atomaren Brennstoffkreislaufs ausgebaut: Das Endlager im Schacht Konrad und der Erkundungstest in Gorleben; das Zwischenlager in Ahaus; die Urananreicherung in Gronau; die Atommüllkonditionierung in Duisburg und die Atomtransporte kreuz und quer durch die gesamte Republik.

Der Wahnsinn wird auf internationaler Ebene fortgesetzt, die deutsche Atomindustrie will auf kein Geschäft verzichten. Mehrere EU-Staaten (Großbritannien, Italien, Niederlande, Schweden) aber auch Japan, die USA und China planen Neubauten von Atomkraft-

werken. Die Industrie wirbt mit neuen Kraftwerkstypen und freut sich, vor dem Hintergrund der Klimakrise ein neues Kapitel im Märchen von der sicheren, umweltschonenden und nachhaltigen Atomenergie schreiben zu können.

Sie dürfen damit nicht durchkommen. Die beeindruckenden Demonstrationen an den Atomanlagen von Brunsbüttel und Krümmel, Biblis und Ahaus zum Jahrestag der Atomkatastrophe von Tschernobyl haben erneut bewiesen: Eine große Mehrheit der Bevölkerung will diese Energie nicht und wünscht den schnellstmöglichen Ausstieg. Die kurzzeitige Erkenntnis dieser Tatsache bei Umweltminister Röttgen wurde von seinen eigenen Leuten beiseite gewischt. Es bleibt aber wahr: Auch nach 40 Jahren gibt es für die Atomenergie keine hinreichende Akzeptanz. Und das ist gut so und muss in diesem Jahr mit aller Macht der Regierung demonstriert werden.

Nicht ein einziges Argument gegen die Atomkraft wurde in diesen Jahrzehnten entkräftet oder auch nur relativiert. Die Atomenergie ist

im Normalbetrieb gesundheitschädlich und im Falle von Unfällen eine alle Vorstellungen sprengende Menschheitskatastrophe. Sie ist Schlüsselglied in der Kette der immer weiteren Verbreitung von Atomwaffen. Weltweit wächst der Berg von Atommüll, ohne dass es auch nur eine theoretische Lösung der Entsorgung gibt. Den folgenden Generationen wird ein Problem hinterlassen, das der aktuellen Klimazerstörung durch CO₂ in nichts nachsteht.

Es gibt viele Gründe, am 9. Mai die schwarz-gelbe Regierung in Nordrhein-Westfalen abzuwählen, aber einer der wichtigsten ist, eine Bundesratsmehrheit für Schwarz-Gelb zu verhindern, die zur Verlängerung der AKW-Laufzeiten erforderlich ist. Und wenn sich endlich auch die Gewerkschaften auf allen Ebenen und mit aller Macht in die Anti-AKW-Bewegung einreihen würden, dann könnte 2010 nicht das Ende vom Ausstieg aus der Atomenergie, sondern das politische Ende der Atomparteien und eine drastische Verkürzung der Ausstiegsfristen bedeuten. ★

Energiewirtschaft in öffentliche Hand!

Es ist nicht nur wünschenswert, sondern zwingend geboten, RWE und E.on zu vergesellschaften und ihre Geschäftsgrundlage zu ändern.

Andernfalls werden uns die Energieriesen weiter die Strompreise diktieren, fossile Energien verbrennen und die Atmosphäre unseres Planeten schädigen: zum Nachteil von Millionen Klimaflüchtlingen, zum Nachteil der Menschen, die durch die Meeresspiegelanstieg in ihrer Existenz bedroht sind, zum Nachteil der Konzernbeschäftigten, die durch zunehmende Rationalisierung und Entlassungen unter Druck geraten, und zum Nachteil von Millionen Verbrauchern, die durch überhöhte Preise geschädigt werden.

Die Delegitimierung von RWE & Co. ist weit fortgeschritten – durch verschiedene Skandale bei der Endlagerung von Atommüll, aber auch durch den geplanten Neubau von Kohlekraftwerken. Nicht umsonst versuchen sie mit dem Wüs-

tenstromprojekt Desertec einen Befreiungsschlag. Hunderte von Solarkraftwerken sollen in der Sahara Strom für Europa produzieren – die jetzt schon riesigen Konzerne hätten dann buchstäblich die Hand am Drücker: Es wäre die Weltherrschaft der Energie-Dinosaurier im Solarzeitalter.

Doch trotz aller Bekenntnisse zu den erneuerbaren Energien sind und bleiben Kohle und Atom das Fundament ihrer Geschäfte und Gewinne. Allein in Deutschland wollen sie 27 neue Kohlekraftwerke bauen, die jährlich 140 Millionen Tonnen CO₂ ausstoßen.

Denn sie verdienen viel Geld damit: Die Profite von E.on nach Steuern haben sich im Zeitraum 2002–2007 fast verdreifacht, die von RWE mehr als verdoppelt. Und die geplante Verlängerung der Laufzeiten von AKWs, die längst abgeschrieben sind, beschert ihnen große Extragewinne.

Die neue Aufgeschlossenheit der schwarz-gelben Regierung für die

erneuerbaren Energien bedeutet keine energiepolitische Wende, im Gegenteil: Strom aus Sonne und Windkraft soll zu den fossilen und nuklearen Trägern hinzukommen.

Ungerührt von jeder Klimadiskussion betreiben die Energieriesen im Einvernehmen mit den Regierungen, der Automobil- und der chemischen Industrie das Projekt «Deutschland Exportweltmeister auch bei der Stromversorgung». Dabei exportieren wir heute schon mehr Strom, als wir importieren. Und viel Strom brauchen sie auch für die geplanten Elektroautos – anstatt dass der öffentliche Nah- und Fernverkehr ausgebaut wird.

Ihre absolute Marktmacht verschafft den Konzernen die Möglichkeit, die Preise zu manipulieren. Die Verbraucher wurden dadurch in den letzten Jahren um 13 Mrd. Euro erleichtert.

Das alles gäbe es nicht, würde die Energieversorgung wieder in der Hand und unter der Aufsicht der Kommunen liegen. ★

29. Mai–6. Juni

Klimaproteste

Vom 31. Mai bis 12. Juni findet in Bonn die nächste UN-Klimakonferenz, eine Art «Mini-Kopenhagen», statt. Da sich nicht abzeichnet, dass aus dem Debakel von Kopenhagen Lehren gezogen werden, hat sich ein Bündnis unter dem Namen «Klimawelle» zu verschiedenen Protestaktionen während einer Aktionswoche in Bonn zusammengeschlossen.

Folgendes ist geplant:

- 29. Mai–6. Juni: Klimacamp für Übernachtungen, Workshops, Kultur und Aktionsplanung
- Samstag, 30. Mai: dezentraler Aktionstag
- in der Woche vom 31. Mai bis 6. Juni: direkte Aktionen
- 3. und 4. Juni: Klimaforum mit Vorträgen und Workshops
- Samstag, 5. Juni: zentrale Demonstration

Informationen und Veranstaltungstermine auf www.klimawelle.de.

Sofortiger Abzug aller Truppen aus Afghanistan!

Bis Mitte nächsten Jahres will die NATO ihr Kriegsziel in Afghanistan erreicht haben: die militärische Niederschlagung der Taliban, den Aufbau einer kampffähigen afghanischen Polizei und Armee und die Gewinnung der Zivilbevölkerung für eine halbwegs stabile politische Herrschaft.

Um dies zu erreichen, versucht sie die Hochburgen der Taliban mit konzentrierten Offensiven wie jetzt in Kandahar einzeln aufzurollen. Alle Kräfte wurden noch einmal zusammengefasst und verstärkt, auch die Bundeswehr hat ihr Kontingent aufgestockt. Es gilt: Top oder Flop.

In anderthalb Jahren soll nun geschafft werden, was in acht Jahren nicht gelang. Für einen Teil der Bundeswehr, vor allem aber für die Wehrexperthen der Bundestagsfraktionen, ist alles nur eine Frage zusätzlicher schwerer Waffen: Kampfpanzer, schwere Artillerie,

bessere (israelische) Aufklärungstechnik, Eurofighter.

Die Bemühungen, einen afghanischen Militär- und Polizeiapparat aufzubauen, begannen bereits kurz nach der US-Invasion Ende 2001. Die Bilanz ist ernüchternd: Die Polizei ist nach wie vor korrupt, daran hat auch die Ausbildung in deutschen Sekundärtugenden nichts ändern können (Deutschland ist verantwortlich für die Polizeiausbildung).

Die Soldaten rekrutieren sich aus den ärmsten Schichten, oft Landlose aus entlegensten Gebieten, 90% können weder lesen noch schreiben. Und sie werden schlecht bezahlt, 100 Dollar im Monat – Warlords und Taliban zahlen das Zwei- bis Dreifache. Entsprechend hoch ist die Zahl der Deserteure.

Die neue Strategie, mit der die USA den Krieg in Afghanistan doch noch gewinnen wollen, orientiert sich an ihren Erfolgen im Irak. Dort

war es der US-Armee gelungen, lokale Stammesmilizen für den Kampf gegen al-Qaeda zu gewinnen. In Afghanistan verspricht das aber wenig Erfolg. Die Taliban sind nicht al-Qaeda, sie bezahlen ihre Kämpfer und Helfer gut und schützen oftmals die Mohnfelder der Bauern vor Angriffen der NATO. Und an der Herrschaft der Warlords hat sich nichts geändert.

Es ist in Afghanistan auch nicht alles Taliban, was Widerstand ist. «Viele Menschen leisten den westlichen Truppen Widerstand, aus unterschiedlichsten Motiven, nicht immer aus religiösen», weiß Christine Buchholz, Bundestagsabgeordnete der LINKEN, von ihrer Reise nach Afghanistan Ende Januar zu berichten. Und weiter:

«Die Afghanen, mit denen ich sprechen konnte, wollen den Wiederaufbau des Landes und sind dankbar für jede Hilfe. Doch momentan wird die Situation so sehr

durch die militärische Konfrontation bestimmt, dass ein wirklicher Wiederaufbau unmöglich ist. Verteidigungsminister Guttenberg behauptet: Ohne Militär kein Aufbau. Vor Ort stellt sich das aber anders dar. Die Bundeswehr setzt auf «zivil-militärische Zusammenarbeit». Einheiten der Bundeswehr rücken mit zivilen Helfern aus, das soll die Armee beliebter machen. Doch oftmals macht gerade das die Einheimischen misstrauisch: Woher sollen sie wissen, ob die Erkenntnisse der «Helfer» nicht militärisch verwendet werden? Ob auf Brunnenbohrer nicht Bomber folgen? Es gibt auch Beispiele, wo erfolgreich eine Straße gebaut wurde, ganz ohne militärische Absicherung, aber in enger Verhandlung mit den Dorfältesten.

Wenn das Geld, das für diesen Krieg ausgegeben wird, in die zivile Hilfe fließen würde, hätte Afghanistan tatsächlich eine Zukunft.» ★

Das meint die isl zur NRW-Wahl:

Am 9. Mai DIE LINKE wählen – und sich einmischen

Kapitalismus bedeutet heute für viele Millionen Menschen Armut und Prekarisierung – auch in einem reichen Industrieland wie Deutschland. Jedes vierte Kind ist bei uns arm. Die Hälfte aller neu abgeschlossenen Arbeitsverträge sind unter Tarif und auf Zeit. Die Arbeit ist mit ständig wachsendem Druck und Angst vor Mobbing oder gar Entlassung verbunden, sie macht krank. Immer häufiger werden Beschäftigte deshalb depressiv. Auch in der «Mittelschicht» droht immer mehr Menschen der Absturz in Verschuldung und Hoffnungslosigkeit.

Bislang sind die Proteste gegen Sozialabbau, Existenzunsicherheit und Verarmung nicht zu einer wirklichen Massenbewegung geworden. Der Bielefelder Soziologe Wilhelm Heitmeyer charakterisiert die Stimmungslage als «wutgetränkte Apathie».

Die Fäuste sind geballt – aber sie bleiben noch in der Tasche. Es überwiegt die Meinung: Den Reichen und Mächtigen kann man doch nicht an den Kragen. Und die Politiker stehen in deren Sold.

Was passiert aber, wenn die Fäuste aus den Taschen gezogen werden und zuschlagen? Wen werden sie treffen? Heitmeyers Befund: Die Ohnmacht gegenüber den Mächtigen droht umzuschlagen in Aggression gegen die Ohnmächtigsten in der Gesellschaft, gegen die am meisten diskriminierten und unterdrückten Schichten. Seit Schröders Ausfällen gegen Langzeitarbeitslose («Es gibt kein Recht auf Faulheit») liegen die ja angeblich in der sozialen Hängematte.

Westerwelle hat mit seinem Spruch vom angeblich «anstrengungslosen Wohlstand» nur ein Brikett nachgelegt. Sarrazin attackiert Türken und Araber, sie hätten keine produktive Funktion außer für den Obst- und Gemüsehandel und seien weder integrationsfähig noch intergrationswillig. Ro-



land Koch will den Arbeitsdienst wieder einführen, im Chor mit Hannelore Kraft, die nur noch das Wörtchen «freiwillig» davorhängt.

Und ein Professor namens Gunnar Heinsöhn, früher mal ein Linker, ist zum Malthusianismus konvertiert und will nach US-Vorbild den Armen die soziale Stütze ganz entziehen, damit sie keine Kinder mehr bekommen. Denn, das weiß Sarrazin, «Intelligenz ist weitgehend erblich, deshalb brauchen Menschen aus der Unterschicht auch keine Schule».

Der Verteilungsspielraum wird eng, und die Besserverdienenden haben offenbar beschlossen, das Büßergewand, das ihnen seit der Finanzkrise anhaftet, abzustreifen und in die Offensive zu gehen. Für sie gibt es immer noch zuviel Sozialstaat.

Die Provokationen von Westerwelle, Sarrazin & Co. erfüllen damit eine ideologische Funktion: Bei dem nun anstehenden Streikkonzert der öffentlichen Ausgaben soll auch die letzte Scham fallen, ein weiteres Mal die Menschen mit

geringen Einkommen und die abhängig Beschäftigten zur Kasse zu bitten – und die Profiteure der Krise schadlos zu halten.

Die gezogenen Fäuste sind fehlgeleitet, wenn sie nach unten schlagen. Sie müssen sich gegen die Verursacher wenden. Die sind härter als die Armen, deshalb müssen es viele Fäuste sein und sie müssen gemeinsam zuschlagen.

Vor 40 Jahren prägte Willy Brandt die Losung «Millionen gegen Millionäre». Heute verteidigt die SPD die Konten der Millionäre längst gegen die Ansprüche von Millionen auf ein menschenwürdiges Leben.

Die Parole ist deshalb nicht weniger aktuell: Die Ohnmacht gegenüber den Mächtigen kann auch umschlagen in einen Aufstand der Millionen. Nur deren gemeinsame solidarische Aktion für gerechte Verhältnisse kann eine Wende der Politik einleiten und die gesellschaftlichen Mehrheits- und Machtverhältnisse vom Kopf auf die Füße stellen.

Am 9. Mai wird in NRW der Land-

tag gewählt. DIE LINKE hat die Chance, auch in diesem großen Bundesland die 5%-Hürde zu nehmen und in den Landtag einzuziehen. Das wäre ein ermutigender Erfolg, der die Bedingungen für breite Mobilisierungen von unten verbessern würde.

Umgekehrt würde ein Scheitern die Tendenzen zur Resignation verstärken. Das ist wohl der tiefere Grund dafür, dass gerade der NRW-Landesverband der LINKEN als linksextremistisch verschrien und vom Verfassungsschutz observiert wird.

Der Wahlerfolg muss dann aber auch genutzt werden, um Mandate und öffentliche Präsenz in den Dienst der außerparlamentarischen Mobilisierung zu stellen.

Wenn hingegen der Weg der Anpassung beschritten wird wie in Berlin und in Brandenburg, wo DIE LINKE gegen ihr eigenes Programm als Juniorpartnerin der SPD mitregiert, dann droht die Resignation noch größer zu werden.

Wählen allein genügt nicht – wir müssen uns selber einmischen. ★

isl
internationale sozialistische linke
Was wir wollen

★ Wir stehen für die Tradition eines undogmatischen, offenen Marxismus. Die internationale Arbeiterbewegung und andere Bewegungen, die sich gegen Ausbeutung und Unterdrückung wenden, sind unser Bezugsrahmen.

★ Unserer Vorstellung von einer klassenlosen, von Ausbeutung und Unterdrückung freien Gesellschaft, die letztlich nur weltweit realisiert werden kann, liegt ein Konzept umfassender Selbsttätigkeit und Selbstorganisation von unten zugrunde. Die sozialistische Demokratie von morgen kann nicht durch die Stellvertreterpolitik von bürokratischen Apparaten und selbsternannten Menschheitsbeglückern Wirklichkeit werden. Im Kampf gegen Kapital und Ausbeuterstaaten, wenn er breit getragen wird, entstehen jene Organe einer alternativen Demokratie und umfassenden Selbstverwaltung, die berufen sind, an die Stelle des alten Staatsapparats zu treten.

★ Ein instrumentelles Verhältnis zu Menschen und Bewegungen lehnen wir ab. Aufbau der Organisation ist für uns Teil eines gemeinsamen Bewusstseinsbildungsprozesses in den Bewegungen, bei dem alle Beteiligten voneinander lernen. Sie muss die Selbstorganisation von unten fördern und darf nicht ihrerseits zum Hindernis für sie werden. Die Organisation soll ihren Mitgliedern politische Selbstentfaltung, theoretische Weiterbildung und die Teilnahme an strategischen und programmatischen Debatten ermöglichen.

Wir sind für einen konsequenten Internationalismus, der die Idee der Internationale wiederbelebt und sich den Aufbau sozialistischer Organisationen nur als zugleich landesbezogenen und internationalen Prozess vorstellen kann. Die isl ist Teil der IV. Internationale.

★ Wir wollen gemeinsames Handeln und vorurteilslosen politischen Dialog mit allen anderen Teilen der antikapitalistischen Linken. Seit der weltgeschichtlichen Zäsur 1989/90 steht ein umfassender Neuformierungsprozess der Linken an. In einer möglichen neuen Kraft der Zukunft werden wahrscheinlich viele mitmachen, deren Ausgangspunkt kein revolutionär-marxistisches Selbstverständnis ist wie bei uns. Doch die Chance für gemeinsames Handeln liegt in der Radikalität konkreter politischer Zielsetzungen, weil solidarische Lösungen eine systemsprengende Dynamik entfalten, wenn sie von Massenbewegungen getragen werden.

Ein Einkommen zum Auskommen

Der gesetzliche Mindestlohn ist eine Sache der Solidarität

Interview mit **Holger Vermeer** (Gewerkschaftssekretär, IG BAU Rheinland)



HOLGER VERMEER

■ Im kommenden Jahr soll die Einschränkung der Arbeitnehmerfreizügigkeit, die die Gewerkschaften in Deutschland bei der EU-Osterweiterung im Jahr 2004 durchgesetzt hatten, wegfallen. Dann können auch Menschen aus Osteuropa ungehindert in Deutschland arbeiten. Was bedeutet das für die Beschäftigten in der Bauindustrie?

Wir haben derzeit die sog. Dienstleistungsfreiheit, aber eben nicht die gesamte Arbeitnehmerfreizügigkeit in der EU. Diese soll für die Beitrittsländer der EU erst ab 2011 gelten.

Deshalb waren auf unseren Großbaustellen auch so viele angebliche Selbstständige. Als Arbeitnehmer hätten sie dort nicht

arbeiten dürfen. Ohne ein Wort deutsch zu sprechen, haben sie über Vermittler Gewerbeanmeldungen ausgefüllt und wurden auf die Baustellen geschleust. Nur wenn Hauptzollämter durch die «Finanzkontrolle Schwarzarbeit» (FSK) eine Baustelle kontrolliert haben oder die Arbeiter sich an uns, an die zuständige Gewerkschaft IG Bauen-Agrar-Umwelt (BAU), gewandt haben, konnten Niedrig- und Dumpinglöhne aufgedeckt werden.

Eine komplette Arbeitnehmerfreizügigkeit wird diese Art von Scheinselbstständigkeit überflüssig machen, macht aber Mindestlöhne umso wichtiger, denn nur diese sind rechtlich zu kontrollieren.

■ Die IG BAU hat im Baubereich einen tariflichen Mindestlohn von 10,80 Euro (12,90 Euro für Anlern- und Facharbeiter) in Westdeutschland und 9,25 Euro in Ostdeutschland durchgesetzt. Werdet ihr ihn unter den neuen Umständen halten können?

Wir haben in vielen Tarifbereichen Mindestlöhne. Im Dachdeckerhandwerk haben wir den ersten bundesweiten Mindestlohn, ein Novum in der deutschen Tariflandschaft. Im letzten Jahr konnten wir den Mindestlohn für das Bauhauptgewerbe bis mindestens Ende 2011 festschreiben.

Aber genau dann wird es span-

nend, was passiert danach? Wichtig war uns der durch Streik erreichte Tarifabschluss im Gebäudereinigungshandwerk. Dieser Tarifvertrag für die Reinigungskräfte hat gerade erst vom Bundesarbeitsministerium die Allgemeinverbindlichkeitserklärung erhalten und hat nun Mindestlohnstandard. Gleiches haben wir im Gerüstbau und im Maler- und Lackierhandwerk erreichen können.

Können wir die Mindestlöhne nicht halten, wird das Lohndumping massiv zunehmen, weil schlicht die Handhabe fehlt, dagegen anzugehen.

■ Wie steht ihr zu einem gesetzlichen Mindestlohn? Ist auf diesem Gebiet eine gemeinsame Kampagne mit anderen Gewerkschaften möglich?

Die Gewerkschaften haben sich lange Zeit sehr schwer getan, sich auf eine verbindliche Mindestlohnforderung zu verständigen. Das hat Jahre gedauert, die Forderung ist meines Erachtens immer noch zu niedrig und wird in den Einzelgewerkschaften ganz verschieden mit Leben erfüllt.

Der DGB will nun seine Forderung von 7,50 auf 8,50 Euro erhöhen. Das ist ein guter Schritt, aber wie gesagt immer noch zu niedrig. Eigentlich sind das genau die Niedriglöhne, die wir auf den Baustellen bekämpfen und bei allen feststellen müssen, die keine Mindestlöh-

ne haben. So stellen sich z. B. Trockenbauer gerne als Metaller da, um die Löhne zu drücken.

Meine Rechnung ist ganz einfach: Wer 7,50 Euro die Stunde bekommt und 200 Stunden malocht – da sind schon gut Überstunden mit einberechnet –, bekommt genau 1500 Euro im Monat – brutto!!!

Da fällt mir der alte Gewerkschaftsspruch ein: Mit dem Einkommen auskommen. Das kann man mit dem Geld aber nicht, deshalb unterstütze ich einen vernünftigen Mindestlohn von 10 Euro, wie DIE LINKE ihn fordert. Besser wäre noch eine Qualifizierung, damit Anlern- und Facharbeiter deutlich mehr bekommen, etwa den Mindestlohn 2 im Baubereich: dieser liegt bei knapp 13 Euro.

Insgesamt müssen wir an die Bereiche denken, in denen die Beschäftigten und damit ihre Gewerkschaften schwächer sind. Die Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn ist somit auch eine Sache der innergewerkschaftlichen Solidarität.

■ Im Zusammenhang mit den Auswirkungen der Krise in Griechenland wurde noch einmal deutlich, dass Deutschland gegenüber anderen EU-Ländern Lohndumping betreibt. Deutschland bildet seit dem Jahr 2000 das Schlusslicht bei den Reallöhnen in der EU und drückt damit auf das Lohnniveau in anderen EU-Län-

dern. Wie geht ihr damit um?

Zunächst einmal ist jede Gewerkschaft bestrebt, möglichst hohe Tarifabschlüsse durchzusetzen. Wirtschaftliche und politische Rahmenbedingungen spielen da eine große Rolle. Nur darf man sich davon nicht einlullen lassen.

Die Regierung von SPD und Grünen unter Schröder hat den Gewerkschaften sog. Öffnungsklauseln aufgezwungen. Diese sollten gesetzlich vereinbart werden (Tarifvertrags- und Betriebsverfassungsgesetz), wenn die Tarifvertragsparteien, gemeint waren aber nur die Gewerkschaften, nicht die nötige Flexibilität zeigten. Leider hat dieses neoliberale Denken über Jahre das tarifpolitische Handeln erschwert.

Die Wirtschaftskrise und ihre Folgen sollen nun wieder zulasten der Lohnabhängigen gehen. Es zeigt sich aber, dass zurückhaltende Lohnpolitik und tatsächlich durchgedrückte Lohnkürzungen einerseits negative Auswirkungen auf die Kaufkraft der Menschen im Lande und damit auf die Binnenwirtschaft haben, aber andererseits auch die Menschen in den verschiedenen Ländern gegeneinander ausspielen. Die Griechen kriegen jetzt hier die Prügel ab.

Die europäische und internationale Gewerkschaftsbewegung sollte daraus lernen und Zusammenhalt und gemeinsame Gegenstrategien entwickeln. ★



Foto: Uwe Bitzel

isl
internationale sozialistische linke

internationale sozialistische linke (isl) Regentenstr. 57–59, 51063 Köln
isl@islinke.de · www.islinke.de

Berlin berlin@islinke.de **Bielefeld** bielefeld@islinke.de **Bremen** bremen@islinke.de **Dortmund** dortmund@islinke.de **Duisburg** duisburg@islinke.de **Düsseldorf** duesseldorf@islinke.de **Frankfurt am Main** frankfurtm@islinke.de **Göttingen** goettingen@islinke.de **Hamburg** hamburg@islinke.de **Kassel** kassel@islinke.de **Köln** koeln@islinke.de **München** muenchen@islinke.de **Oldenburg/O.** oldenburg@islinke.de **Ruhrgebiet** ruhrgebiet@islinke.de **Schwäbisch Hall** schwaebisch-hall@islinke.de **Stuttgart** stuttgart@islinke.de

IMPRESSUM

Die FLUGSCHRIFTEN werden herausgegeben von der internationalen sozialistischen linken / IV. Internationale (isl) und erscheinen bei Bedarf.
Verantwortliche Redakteurin: Angela Klein
Satz/Layout: Hans-Günter Mull
Bestelladresse für Wiederverteilerinnen und Wiederverteiler (Lieferung gegen Versandkosten):
isl, Regentenstr. 57–59, 51063 Köln
(02 21) 9 23 11 96 · isl@islinke.de

SoZ Sozialistische Zeitung

monatlich mit 24 Seiten Berichten und Analysen zum alltäglichen kapitalistischen Irrsinn und den Perspektiven linker Opposition

Probeausgabe kostenlos

Probeabo (3 Ausgaben, keine automatische Verlängerung) gegen 10-Euro-Schein

SoZ-Verlag · Regentenstr. 57–59 · 51063 Köln

Fon (02 21) 9 23 11 96 · redaktion@soz-verlag.de · www.sozonline.de